GRUßWORT ZUM SPÄTSOMMERFEST 2026
DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT

Rede der Bundesvorsitzenden Beatrix Schulze und Klaus Plattes zur Begrüßung an Bord der MS Spandau Spätsommerfest Berlin Deutsche Justiz-Gewerkschaft 10. September 2026

SCHULZE: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde der Deutschen Justiz-Gewerkschaft, sehr geehrte Gäste – schön, dass ihr da seid, schön, dass Sie da sind. Ich freue mich, Sie und euch heute Abend an Bord begrüßen zu dürfen.

PLATTES: Und Sie hören es schon: Unter Kolleginnen und Kollegen duzen wir uns in der DJG – das war schon immer so und das bleibt auch an diesem Abend so.

SCHULZE: Unser Motto heute: Demokraten im Dialog. Ein Motto, das man nur ernst meinen kann, wenn man es selbst vorlebt. Deshalb stehen wir heute als Vorsitzende der DJG-Bundesleitung hier vorne – zusammen, so wie wir seit November 2023 gemeinsam an der Spitze der Deutschen Justiz-Gewerkschaft stehen.

PLATTES: An euch, liebe Delegierte und Mitglieder des Bundesvorstands und des Bundeshauptvorstands aus fast allen unseren Landesverbänden: Schön, dass ihr heute an Bord seid – stellvertretend für die vielen Tausend Kolleginnen und Kollegen, die diese Gewerkschaft in den Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizbehörden dieses Landes tragen. Ihr seid aus ganz unterschiedlichen Bundesländern angereist, mit ganz unterschiedlichen Erfahrungen im Gepäck – manche aus Flächenländern mit langen Wegen zwischen den Gerichten und allen anderen Einrichtungen der Justiz, andere aus Stadtstaaten mit ganz eigenen Herausforderungen. Diese Vielfalt ist unsere Stärke.

Ein herzliches Willkommen auch unserem Dachverband, dem dbb beamtenbund und tarifunion. Wir freuen uns sehr, dass Sie, lieber Heini Schmitt, stellvertretender dbb-Bundesvorsitzender und Fachvorstand für Beamtenpolitik, heute unter uns sind. Danke, dass Sie sich die Zeit nehmen – wir wissen, wie voll Ihr Kalender gerade ist. Mit Ihnen sind auch Vertreter aus den dbb-Landesbünden Bayern, Brandenburg, Bremen und Niedersachsen an Bord. Vier Länder, vier völlig unterschiedliche Ausgangslagen in der Justiz – und doch ein gemeinsamer Nenner: Der öffentliche Dienst braucht Rückhalt, keine Sonntagsreden.

SCHULZE: Ein besonders herzlicher Gruß gilt den Gästen aus den Verbänden und Einrichtungen, die der Justiz eng verbunden sind: der Amtsanwaltschaft Berlin, dem BSBD – dem Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands, dem Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter, der Deutschen Amtsanwaltschaft, der Deutschen Polizeigewerkschaft und dem Deutschen Gerichtsvollzieherbund. Sie alle stehen, wie wir, für unterschiedliche Ausschnitte derselben Aufgabe: dass Recht in diesem Land nicht nur auf Papier steht, sondern gesprochen, vollstreckt, durchgesetzt und geschützt wird. Schön, dass Sie heute bei uns sind.

PLATTES: Und last but not least: ein Dankeschön an unsere Kooperationspartner, die BBBank, die Debeka Krankenversicherung und die Nürnberger Versicherungen. Es ist gut, verlässliche Partner an unserer Seite zu wissen, die vielerorts Aktionen und Maßnahmen der DJG im Bund und in den Landesverbänden unterstützen.

SCHULZE: Sie alle, liebe Gäste, und ihr alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, seid heute auf einem Schiff. Das ist kein Zufall und nicht nur eine nette Idee. Wir haben tatsächlich abgelegt und fahren über die Spree, mitten durch die Stadt, in der so viel von dem entschieden wird, was unseren Berufsalltag prägt.

PLATTES: Ein Schiff braucht eine Mannschaft, die zusammenarbeitet, es braucht Kurs, und es braucht – das wird uns am Ende dieses Abends noch einmal beschäftigen – ein Ruder, das in den richtigen Händen liegt.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen – wir wollen heute diskutieren und natürlich auch feiern. Wir wollen aber schonungslos sagen, wo die Deutsche Justiz-Gewerkschaft steht, denn über diesen Abend wird in unseren DJG-Notizen ausführlich berichtet werden, um im Nachgang jene mitzunehmen auf unserer Reise, die nicht dabei sein konnten. Was hier gesagt wird, soll Substanz haben. Substanz beginnt mit einem Befund, den man nicht schönreden kann: Die Demokratie in diesem Land steht unter Druck. Das ist keine Übertreibung, das ist eine Beobachtung, die man in fast jedem Bundesland machen kann, wenn man nur genau hinschaut. Wenn Bürgerinnen und Bürger das Gefühl bekommen, der Staat funktioniere nicht mehr für sie, dann ist das erste Opfer regelmäßig das Vertrauen in die Institutionen – und die Justiz ist eine der sichtbarsten dieser Institutionen. Ein überlastetes Amtsgericht, das Monate für einen Bescheid braucht, eine Staatsanwaltschaft, die mit der Anklage von Straftäterinnen und Straftätern nicht mehr fristgerecht hinterherkommt – das erleben die Menschen unmittelbar oder lesen beziehungsweise hören und sehen darüber in den Medien, und sie ziehen daraus Schlüsse über den Staat insgesamt. Das ist die eigentliche Brisanz unserer Personalnot: Sie ist kein Verwaltungsproblem. Sie ist ein Demokratieproblem – und wer das seit Jahren kleinredet, hat entweder nicht hingeschaut oder wollte es sich bequem machen.

SCHULZE: Am vergangenen Sonntag wurde in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt – in einem Bundesland, wo auch die Justiz ihre Probleme hat. Inzwischen liegt das amtliche Endergebnis vor: Die AfD ist fast 44 Prozent so stark geworden wie noch nie zuvor eine Partei in Sachsen-Anhalt. Die absolute Mehrheit hat sie knapp verfehlt, aber sie ist klar stärkste Kraft. Das macht mir Sorge. Denn eine Partei, die in Teilen als rechtsextremistisch eingestuft ist, hat nun mit deutlichem Wählerrückhalt ein gewichtiges Wort mitzureden. Zunächst bei der Regierungsbildung und dann - je nachdem, wie die Koalitionsverhandlungen ausgehen oder ob es am Ende sogar zu Neuwahlen kommt – mit ungeahnten Folgen für Demokratie und Rechtsstaat. Eines aber ist schon jetzt sicher: Dringend angestoßene Prozesse geraten in eine Warteschleife – und unsere Justiz, deren Lage ohnehin nicht gut ist, wird darunter weiter leiden. Was ich aber schon heute in aller Deutlichkeit sagen kann: Gleich, wer künftig in Magdeburg regiert – die Justiz darf nicht zur Verhandlungsmasse der Politik werden. Wir spüren die zu optimierenden Aufgaben in der Justiz im Land jeden Tag in unseren Justizbehörden, ganz unabhängig davon, welche Farbe die Landesregierung gerade trägt. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen: Genau deshalb bleiben wir als überparteiliche DJG hartnäckig, unbequem und laut – so lange, bis aus Ankündigungen endlich verbindliche Aussagen und Haushaltszahlen werden.

PLATTES: Und weil wir gerade von Haushaltszahlen sprechen: Reden wir über den neuen Pakt für den Rechtsstaat, den Bund und Länder in diesem Jahr beschlossen haben. Und ja – wir sagen es klar, weil Ehrlichkeit auch bedeutet, Erfolge als Erfolge zu benennen: Das ist ein richtiges Signal. Bis zu 450 Millionen Euro, aufgeteilt in drei Säulen – eine Personalsäule, eine Digitalsäule und eine Verfahrenssäule. 2.000 neue Stellen für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, bis zu zehn Prozent davon auch für IT-Fachkräfte, verteilt nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Länder. Dazu 210 Millionen Euro für Justizcloud, Justizportal und das zivilgerichtliche Online-Verfahren sowie eine dritte Säule zur Modernisierung der Verfahrensordnungen. Das ist deutlich mehr, als der erste Pakt von 2019 vorsah. Danke an den Bund, dass hier endlich ein Erwachen stattgefunden hat. Die Justiz als dritte Gewalt braucht diese Aufmerksamkeit, und sie braucht sie dringend.

SCHULZE: Aber – und jetzt kommt das große Aber, das wir als Gewerkschaft aussprechen müssen, weil es sonst niemand mit dieser Deutlichkeit tut: Diese 240 Millionen Euro für die Personalsäule sind eine Anschubfinanzierung. Einmalig. Zeitlich befristet auf die Jahre bis 2029. Und was heißt das konkret? Es heißt, dass

die Länder die Stellen künftig allein tragen müssen – auf Dauer aus eigenen Haushalten, ohne die Rückendeckung des Bundes, die es jetzt nur für den Anschub gibt. Der Bund gibt den Startschuss, aber er läuft das Rennen nicht mit bis ins Ziel – und das ist, mit Verlaub, zu billig für ein Versprechen, das man „Stärkung der Justiz" nennt. Wir alle, die wir aus den Ländern kommen – aus Nordrhein-Westfalen wie Klaus, aus Sachsen-Anhalt wie ich, aus Berlin, Bayern, Brandenburg, Bremen oder Niedersachsen – wir wissen genau, was passiert, wenn Landeshaushalte klamm sind: Kürzungsdiskussionen im dritten oder vierten Jahr nach dem Pakt. Stellen, die formal geschaffen, aber im nächsten Sparhaushalt nicht mehr nachbesetzt werden.

Die gute Absicht des Bundes, die an der Haushaltsrealität einzelner Länder zerschellt – und am Ende zahlen genau die Kolleginnen und Kollegen die Zeche, die man eigentlich entlasten wollte. Deshalb unsere klare, unmissverständliche Forderung an Bund und Länder gemeinsam: Der Pakt für den Rechtsstaat darf kein Strohfeuer sein. Die Anschubfinanzierung muss verbindlich in eine dauerhafte Finanzierungslogik überführt werden – ohne dass sich einzelne Länder hinter ihrer Schuldenbremse oder ihren Haushaltsrestriktionen verstecken können, wenn es um die Zukunftsfähigkeit der Justiz geht. Dieselbe Forderung stellen wir für die Digitalsäule: Eine Justizcloud, die nach 2029 mangels Anschlussfinanzierung im Wartungsmodus verkümmert, hilft niemandem. Rechtsstaatlichkeit ist keine Kann-Leistung, die man sich bei guter Kassenlage genehmigt und bei schlechter wieder einkassiert. Sie ist eine Verpflichtung, die Bund und Länder gemeinsam tragen müssen – dauerhaft, nicht nur für die Dauer eines Fördertopfes.

PLATTES: Und damit sind wir bei unserem Dachverband. Lieber Heini Schmitt, der dbb hat in diesem Jahr eine Kampagne gestartet, die uns aus der Seele spricht: „Deutschlands Stärke: unser öffentlicher Dienst". Die Botschaft dahinter ist so einfach wie richtig: Ein starkes Land gibt es nur mit einem starken öffentlichen Dienst und einem starken Berufsbeamtentum. Diese Botschaft unterschreiben wir als Deutsche Justiz-Gewerkschaft vollumfänglich, Punkt für Punkt. Denn wenn über Deutschlands Stärke gesprochen wird, dann darf die Justiz in dieser Erzählung nicht die unbeachtete Fußnote sein. Sicherheit, Bildung, Infrastruktur, Steuergerechtigkeit, Umwelt- und Verbraucherschutz – ja, alles wichtig, alles Teil dieser Kampagne. Aber ohne einen funktionierenden Rechtsstaat ist all das am Ende nicht geschützt, nicht einklagbar, nicht durchsetzbar. Deshalb, lieber Heini Schmitt, lieber dbb: Wir stehen an Ihrer Seite, wenn Sie in der Bundespolitik das Bewusstsein dafür schärfen, dass dieses Land ohne einen starken öffentlichen Dienst nicht funktioniert – und wir bringen die Justiz mit voller Kraft in diese Kampagne ein.

Wer glaubt, man könne Personal kürzen, Aufgaben aber ausweiten, und am Ende stehe trotzdem noch ein funktionierender Rechtsstaat – der irrt sich nicht nur, der handelt fahrlässig. Deutschlands Stärke ist eben auch: eine Rechtspflegerin, die pünktlich entscheidet. Ein Amtsgericht, das erreichbar bleibt. Eine Staatsanwaltschaft, die nicht drei Jahre auf ein IT-System wartet, das andere Länder längst haben. Wir brauchen Bekenntnisse und deutliche Signale aus den Ländern – das gilt für die Justiz genauso wie für jeden anderen Bereich des öffentlichen Dienstes. Und wir werden dieses Bekenntnis von jeder Landesregierung einfordern, ganz gleich, wie sie nach dieser oder jener in Zukunft anstehenden Wahl zusammengesetzt ist.

SCHULZE: Weil wir gerade von den Ländern sprechen, will ich kurz konkret werden, für jene dbb-Vertreter, die heute an Bord sind. In Berlin, der Hauptstadt und zugleich Stadtstaat, trifft Personalmangel in der Justiz unmittelbar auf die höchste Fallzahldichte des Landes – wo Wege kurz, aber Verfahrenszahlen riesig sind, entscheidet jede unbesetzte Stelle sofort über Wartezeiten für die Bürgerinnen und Bürger. In Bayern, dem größten Länderanteil am neuen Pakt, wird sich zeigen, ob eine wirtschaftsstarke Landesregierung ihre eigenen Digitalisierungsvorhaben tatsächlich über die Pakt-Laufzeit hinaus weiterfinanziert – oder ob am Ende doch der Landeshaushalt Vorrang vor der Justizcloud bekommt. Und in Brandenburg, einem Flächenland mit langen Wegen zwischen den Gerichten, entscheidet die Personalsäule des Pakts darüber, ob wohnortnahe Justiz überhaupt eine Zukunft hat – oder ob Gerichtsstandorte weiter ausgedünnt werden, weil sich Stellen nicht besetzen lassen.

Und die anderen beiden: In Bremen, dem kleinsten Bundesland, zeigt sich das Problem in Reinform – ein kleiner Haushalt kann

sich über eine Anschubfinanzierung des Bundes freuen und trotzdem an der dauerhaften Anschlussfinanzierung scheitern, wenn der Bund nach 2029 nicht nachlegt. Und in Niedersachsen erleben wir dasselbe Muster wie überall: gute Ansätze bei der Digitalisierung, aber eine Umsetzung, die spürbar hinter dem Tempo zurückbleibt, das die Kolleginnen und Kollegen im Arbeitsalltag bräuchten. Fünf Länder, ein Befund: Der Pakt für den Rechtsstaat ist ein guter Anfang. Aber ob er wirkt, entscheidet sich nicht im Juni 2026 in Berlin, sondern Jahr für Jahr in den Landeshaushalten – und genau deshalb bleiben wir als DJG an diesem Thema dran, in jedem einzelnen Bundesland.

PLATTES: Und damit kommen wir zu einem Appell, der uns besonders am Herzen liegt – gerichtet an alle Verbände und Einrichtungen, die heute mit uns an Bord sind: an die Amtsanwaltschaft Berlin, die täglich an der Schnittstelle von Anklage und Massenverfahren steht. An den BSBD, der die Stimme der Kolleginnen und Kollegen im Strafvollzug ist – einem Bereich, der in der öffentlichen Debatte viel zu selten vorkommt, obwohl dort tagtäglich Höchstleistung erbracht wird. An den Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter, ohne den Steuergerechtigkeit in diesem Land ein Lippenbekenntnis bliebe. An die Deutsche Amtsanwaltschaft, an die Deutsche Polizeigewerkschaft, ohne deren Ermittlungsarbeit gar kein Fall bei uns landen würde. Und an den Deutschen Gerichtsvollzieherbund, der dafür sorgt, dass Urteile nicht nur gesprochen, sondern auch vollstreckt werden. Wir sind unterschiedliche Verbände mit unterschiedlichen Mitgliedschaften, unterschiedlichen Traditionen, teilweise auch unterschiedlichen Interessen im Detail.

Aber wir sind gemeinsam die dritte Säule dieser Demokratie – gemeinsam mit der Anwaltschaft, der Polizei und dem Vollzug. Rechtsstaat funktioniert nicht durch die Justiz allein. Er funktioniert durch das Zusammenspiel von Gerichten, Staatsanwaltschaften, Vollzug, Vollstreckung und Polizei. Wenn eine dieser Säulen bröckelt, spürt die gesamte Konstruktion es sofort – das haben wir in den vergangenen Jahren an zu vielen Stellen gesehen. Deshalb unser Appell an Sie alle: Lassen Sie uns diesen Schulterschluss über Verbandsgrenzen hinweg nicht nur an Bord eines Schiffes pflegen, sondern in der politischen Auseinandersetzung mit einer Stimme sprechen. Getrennt marschieren wir vielleicht in unserem jeweiligen Tagesgeschäft – aber gemeinsam müssen wir zuschlagen, wenn es um die Ausstattung des Rechtsstaats insgesamt geht.

SCHULZE: Und jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zum eigentlichen Kern dieses Abends: zu euch. Zu den vielen von euch, die heute an Bord sind – aus dem Bundesvorstand, dem Bundeshauptvorstand, aus den Fachbereichen und vor allem: aus den Landesverbänden, wo die eigentliche Arbeit passiert. Viele von euch engagieren sich zusätzlich zu eurem ganz normalen Dienst in Personalratsvertretungen. Das ist kein Ehrenamt zum Nulltarif – das ist Haltung. Das ist ein Gegengewicht, oft nach Feierabend erarbeitet, oft ohne den Applaus, den es verdient hätte: ein Gegengewicht gegen Sparpläne, die an der Justiz vorbeigedacht werden, gegen eine Digitalisierung, die in Sonntagsreden rauscht und im Arbeitsalltag oft genug ruckelt, gegen einen Personalmangel, dessen Behebung sich wie eine Never-Ending-Story anfühlt.

Und ihr seid dieses Gegengewicht nicht nur für Richterinnen und Richter, nicht nur für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Die DJG denkt Justiz von Anfang bis Ende, berufsbildübergreifend: vom Justizwachtmeisterdienst über die Kolleginnen und Kollegen im mittleren Dienst und die Tarifbeschäftigten, ohne die in den Geschäftsstellen gar nichts liefe – keine Akte, kein Termin, keine Zustellung – über die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, die eigenverantwortlich Recht sprechen, oft ohne dass die Öffentlichkeit überhaupt weiß, welche Verantwortung in diesem Beruf steckt, bis hin zu den Menschen in Ausbildung, in der Technik und in den sozialen Diensten der Justiz.

PLATTES: Berufsbildübergreifend, das ist unser Anspruch. Denn nur wenn all diese Berufsbilder ausreichend Unterbau, ausreichend Respekt und ausreichend Wertschätzung erfahren, kann am Ende überhaupt das stattfinden, was wir Rechtsstaat nennen. Ein Gericht ist ein ganzes Ökosystem von Berufen, das zusammenhalten muss. Und deshalb sage ich es euch heute Abend ganz direkt nicht als Floskel, sondern als Auftrag an die Bundes- und Landespolitik: Respekt heißt für uns nicht nur ein warmes Wort auf einem Spätsommerfest. Respekt heißt auskömmliche

Besoldung, funktionierende Technik, planbare Arbeitszeiten, ausreichend Personal für die Aufgaben, die man euch aufträgt. Alles andere ist Lippenbekenntnis – und Lippenbekenntnisse haben wir in den letzten Jahren zur Genüge gehört. Ihr habt Besseres verdient, und wir werden nicht aufhören, das als DJG auf allen Ebenen einzufordern.

SCHULZE: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen – wir kommen zum Schluss, und zurück zu unserem Schiff. Denn es hat wie jede gute Metapher mehr zu bieten, als man beim ersten Blick sieht. Wir erleben in diesen Monaten eine Entwicklung, die uns als Gewerkschaft, die für den Rechtsstaat steht, in besonderer Weise beunruhigt: das wachsende Misstrauen gegenüber denen, die heute tatsächlich Verantwortung tragen – und eine wachsende Bereitschaft, stattdessen Populisten zu vertrauen. Diese Populisten versprechen vollmundig Verbesserungen, einfache Lösungen für komplizierte Probleme, schnelle Antworten auf Fragen, die seit Jahren strukturell gewachsen sind. Und wenn man genau hinschaut, entpuppen sich viele dieser Versprechen als das genaue Gegenteil: als staats- und verfassungsfeindlich. Das ist kein Randphänomen mehr, das man belächeln kann. Das ist eine Gefahr, die man beim Namen nennen muss – und genau das tun wir heute Abend.

PLATTES: Wir wissen, wie groß die strukturellen Probleme in der Justiz sind. Wir haben heute Abend selbst einige davon benannt: Personalmangel, schleppende Digitalisierung, befristete Finanzierung, Anschubprogramme ohne verlässliche Fortsetzung. Das alles ist real, und wir werden nicht müde, es einzufordern – laut, beharrlich und im Zweifel unbequem. Aber, und das ist unser dringlicher Appell an Sie und an euch alle an diesem Abend: So groß diese Probleme sein mögen, es ist keine gute Idee, denen, die außerhalb der demokratischen Bandbreite stehen, das Ruder zu überlassen. Frustration über zu langsame Veränderung ist verständlich. Sie darf aber niemals zur Einladung an jene werden, die die Demokratie selbst infrage stellen. Das Ruder darf nicht an jene gehen, die unseren Staat umbauen wollen. Bei denen wird es nicht besser. Bei denen wird es auf mittlere Sicht unangenehmer – für uns alle und ganz besonders für jene, die im Rechtsstaat arbeiten und ihn Tag für Tag schützen, verteidigen und mit Leben füllen.

SCHULZE: Deshalb: Wenn dieses Schiff heute Abend wieder anlegt, wird es ankern. Ankern – symbolisch. Denn die Justiz in der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Deutsche Justiz-Gewerkschaft und ihre Mitglieder, muss genau das sein: ein Anker für Rechtsstaatlichkeit, ein Anker für Demokratie. Ein Anker hält, auch wenn Wind aufkommt, auch wenn die See mal rauer wird, als man es sich wünscht. Genau das ist unser Auftrag – heute Abend und weit über diesen Abend hinaus.

PLATTES: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen: Lassen Sie uns, lasst uns diesen Abend gemeinsam genießen, im Dialog bleiben – als Demokraten – und morgen mit neuer Kraft weiterarbeiten für einen Rechtsstaat, der diesen Namen wirklich verdient. Vielen Dank, dass Sie und ihr heute mit uns an Bord seid. Vielen Dank, dass Sie und ihr mit uns dafür kämpft, dass die Justiz das bleibt, was sie sein muss: verlässlich, stark – und ein Anker für uns alle.

SCHULZE: Auf einen guten Abend – und auf einen starken Rechtsstaat!